

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Wortlaut der Kleinen Anfrage**

der Abgeordneten Stefan Wenzel, Hans-Jürgen Klein und Helge Limburg (GRÜNE), eingegangen am 22.08.2012

Talanx-Tochter Hannover Rück intervenierte bei Bundesratsentscheidung

Zum wiederholten Mal gestand der niedersächsische Finanzminister im Verlauf der Juli-Plenarsitzung für die Landesregierung ein, dass er das Parlament nicht wahrheitsgemäß informiert habe. Entgegen bisherigen Stellungnahmen zur Versicherungswirtschaft im Allgemeinen und zu Leistungen für Sponsoringmaßnahmen der Versicherungswirtschaft im Besonderen hat der ehemalige Ministerpräsident Christian Wulff dafür gesorgt, dass im Bundesrat entgegen der Beschlussfassung des Kabinetts abgestimmt wurde, um die Kautionsversicherungen der Hannover Rück, einer Talanx-AG-Tochter, weiterhin von der Versicherungssteuer frei zu halten. Dabei hatte sich der Ministerpräsident auch über eine Entscheidung seines Kabinetts hinweggesetzt, das die Steuerfreiheit aufheben wollte.

Um zu klären, welche Gründe für das Verhalten des ehemaligen Ministerpräsidenten tatsächlich ausschlaggebend waren und welche Kenntnis der Finanzminister Anfang dieses Jahres von dem Vorgang hatte, fragen wir die Landesregierung:

1. Warum hat der Finanzminister dem Kabinett eine Aufhebung der Steuerfreiheit für Kautionsversicherungen empfohlen?
2. Wie waren die konkreten Abläufe und Beteiligungsverfahren im Finanzministerium betreffend den Gesetzentwurf zum diesbezüglichen Jahressteuergesetz?
3. Wie hoch wurde vom Finanzministerium die jährliche Summe der Steuerausfälle durch die Nichtbesteuerung von Kautionsversicherungen kalkuliert (jährlich für die ersten 5, 10 und 20 Jahre nach Inkrafttreten)?
4. Hat der Ministerpräsident diese Berechnungen vor seinem Votum für die Fortsetzung der Steuerfreistellung nochmals überprüft?
5. Ist der Vorstand der Hannover Rück vom Finanzministerium oder einer anderen Stelle oder Person der Landesregierung über die Kabinettsentscheidung informiert worden?
6. Wenn ja, durch wen, wann und auf welchem Wege?
7. Wie erfolgt im Regelfall das Debriefing über den Verlauf einer Bundesratssitzung?
8. Wer informiert die Minister, die Staatssekretäre, die Abteilungen und Referate über den Verlauf der Bundesratssitzung?
9. Welche Regelungen sieht die Geschäftsordnung des Kabinetts zu Abstimmungen im Bundesrat vor?
10. Ist eine Abstimmung im Bundesrat gegen das Votum des Kabinetts die Ausnahme oder die Regel?
11. Wie häufig und in welchen Fällen ist seit 2003 im Bundesrat entgegen dem Votum des Kabinetts von Niedersachsen abgestimmt worden?
12. Welche Ministerinnen und Minister oder Staatssekretärinnen und Staatssekretäre nahmen an der Abstimmung über das Jahressteuergesetz 2008 im Bundesrat teil?

13. Wie, wann und durch wen haben die Vertreterinnen und Vertreter des Landes Niedersachsen im Bundesrat davon erfahren, dass sie im Bundesrat zum Jahressteuergesetz 2008 anders abstimmen sollen als im Kabinett beschlossen?
14. a) Haben die betroffenen Personen die Anweisung, entgegen dem Kabinettsvotum abzustimmen, widerspruchslös hingenommen, oder haben sie dagegen protestiert?
b) Wenn dagegen protestiert wurde: durch wen und auf welche Weise?
15. Wann, durch wen und auf welche Weise sind die übrigen Kabinettsmitglieder und Staatssekretärinnen und Staatssekretäre von dem abweichenden Abstimmungsverhalten des Landes Niedersachsen zum Jahressteuergesetz 2008 informiert worden?
16. Welche Mitglieder der Landesregierung hatten zu welchem Zeitpunkt jeweils Kenntnis von dem abweichenden Abstimmungsverhalten des Landes Niedersachsen zum Jahressteuergesetz 2008?
17. Ist der Vorstand der Hannover Rück von der Staatskanzlei oder dem Ministerpräsidenten über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat informiert worden?
18. Wenn ja, durch wen, wann und auf welchem Wege?
19. In welchem Umfang und wann haben die Talanx AG, die Hannover Rück oder andere Firmen, die zum Konsolidierungskreis dieser beiden Firmen gehören bzw. wirtschaftlich Berechtigte sind, oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Firmen seit 2003bare oder unbare Sponsoring-Leistungen
a) für das Land Niedersachsen,
b) für Institutionen, für die das Land wirtschaftlich Berechtigter ist,
c) für Herrn Manfred Schmidt und für Firmen, für die Herr Manfred Schmidt wirtschaftlich Berechtigter ist,
erbracht?
20. Welche Schriftstücke bzw. Akten, aus denen der Wunsch der Hannover Rück zum Abstimmungsverhalten im Bundesrat hervorgeht oder eine Bewertung der Folgen dieses Wunsches vorgenommen wird, hat der niedersächsische Finanzminister abgezeichnet?
21. Wann haben diese Schriftstücke bzw. Akten dem Finanzminister jeweils vorgelegen?